

# **SCHWEIZER SENNENHUND-VEREIN FÜR DEUTSCHLAND e. V. - SSV**

Sitz München ○ gegründet 1923 ○ im VDH und F.C.I.



**SSV-Vereinsgerichtsordnung**

Stand: Juli 2004

I.	Allgemeine Bestimmung	3
§ 1	Zuständigkeit	3
§ 2	Zusammensetzung	3
§ 3	Ergänzende Vorschriften	3
§ 4	Ausschluss und Ablehnung eines VG-Mitglieds	3
II.	Verfahren	3
§ 5	Antragsverfahren	3
§ 6	Zurückweisung	4
§ 7	Vorverfahren	4
§ 8	Förmliches Verfahren	4
§ 9	Ladung und Zustellung	5
§ 10	Vertretung	5
§ 11	Akteneinsicht	5
§ 12	Mündliche Verhandlung	5
§ 13	Beratung, Abstimmung	5
§ 14	Verkündung, Absetzungsfrist	6
§ 15	Entscheidungsinhalt, Unterschrift, Veröffentlichung	6
§ 16	Protokollierung	6
§ 17	Schriftliches Verfahren	6
III.	Verfahren nach Abschluss des VG-Verfahrens	6
§ 18	Wiedereinsetzung	6
§ 19	Wiederaufnahme	7
§ 20	Vollstreckung	7
§ 21	Gnade	7
§ 22	Kosten, Auslagen	7
§ 23	Aktenaufbewahrung, Aktenvernichtung	7
§ 24	Zuständiges ordentliches Gericht	7
§ 25	Abnahme von Eiden	7
§ 26	Aufhebung eines Schiedsspruchs	7
IV.	Schlussbestimmungen	8
§ 27	Satzungsbestandteil	8
§ 28	Schlussbestimmungen	8

## **I. Allgemeine Bestimmung**

### **§ 1 Zuständigkeit**

- (1) Das Vereinsgericht (VG) entscheidet in allen nach der Satzung vorgesehenen Fällen als Vereinsgericht, soweit nicht dort eine andere Zuständigkeit ausdrücklich bestimmt ist.
- (2) Das VG kann erstinstanzlich oder gegen Entscheidungen eines anderen Vereinsorgans angerufen werden.
- (3) Das VG entscheidet erstinstanzlich
  - wenn gegen ein Mitglied des Vorstands wegen eines Verstoßes im Sinne von § 6 Abs. 4 der Satzung eine Maßnahme nach § 7 der Satzung in Betracht kommt,
  - bei Streitigkeiten von Vorstandsmitgliedern untereinander, wenn dadurch Belange des SSV betroffen sind.

### **§ 2 Zusammensetzung**

Das VG entscheidet in der Besetzung mit dem Vorsitzenden und zwei Beisitzern, soweit diese Ordnung nichts anderes bestimmt. Die Mitglieder des Vereinsgerichts und je ein Stellvertreter werden von der Mitgliederversammlung für die Dauer von vier Jahren gewählt. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter müssen die Befähigung zum Richteramt haben. Die zwei Beisitzer und ihre Stellvertreter müssen Vereinsmitglieder und sollen in der Kynologie erfahren sein.

### **§ 3 Ergänzende Vorschriften**

- (1) Seiner Entscheidung hat das VG die Regelung der Satzung und der Ordnungen des Vereins zugrunde zu legen. Ergänzend sind ggf. die Satzung und die Ordnungen des VDH und die Regeln der F.C.I. heranzuziehen.
- (2) Im Übrigen gilt ergänzend deutsches Recht.

### **§ 4 Ausschluss und Ablehnung eines VG-Mitglieds**

- (1) Jedes Mitglied des VG ist von der Mitwirkung an einem Verfahren und bei der Entscheidung ausgeschlossen, wenn es selbst unmittelbar Beteiligter oder Geschädigter eines zur Streitentscheidung anstehenden Falles ist oder wenn dieses bei Personen zutrifft, mit denen das VG-Mitglied in gerader Linie verwandt, verschwägert oder in der Seitenlinie bis zum dritten Grad verwandt oder bis zum zweiten Grad verschwägert ist, auch wenn die Ehe, durch welche die Schwägerschaft begründet ist, nicht mehr besteht, oder mit dem oder denen es in Hausgemeinschaften lebt.
- (2) Ein VG-Mitglied kann von jedem Verfahrensbeteiligten abgelehnt werden, wenn ein objektiver außenstehender Betrachter in der Lage des betroffenen Verfahrensbeteiligten begründete Besorgnis der Befangenheit des abgelehnten VG-Mitgliedes geltend machen könnte. Dem Ablehnungsverfahren muss stattgegeben werden, wenn einer der in Abs. 1 genannten Gründe vorliegt. Das Ablehnungsverlangen ist schriftlich unter Glaubhaftmachung des Grundes bei dem VG-Vorsitzenden anzubringen. Die Ablehnung hat unverzüglich zu erfolgen, sobald der Verfahrensbeteiligte vom Ablehnungsgrund Kenntnis genommen hat.
- (3) Über den Ablehnungsantrag entscheidet das VG ohne Mitwirkung des abgelehnten Mitglieds endgültig; für das abgelehnte Mitglied wirkt dessen Stellvertreter mit. Der ergehende Beschluss ist schriftlich abzufassen und den Beteiligten bekannt zu machen; eine Begründung steht im Ermessen des VG.
- (4) Ein Mitglied des VG kann sich selbst für befangen erklären und seine Mitwirkung ablehnen. Die Gründe für die Befangenheit haben die Mitglieder des VG dem Vorsitzenden mitzuteilen; hält dieser sich für befangen, teilt er die Gründe seinem Stellvertreter mit. Absatz 3 gilt entsprechend.

## **II. Verfahren**

### **§ 5 Antragsverfahren**

- (1) Das VG wird nur auf schriftlichen Antrag tätig. Zur Antragstellung ist der Verein, vertreten durch den Vorstand und jedes Vereinsmitglied berechtigt.
- (2) Der Antrag ist an den Vorsitzenden des VG zu übersenden und muss enthalten:
  - 1) die Bezeichnung des Antragstellers und des Antragsgegners,
  - 2) einen Antrag, der das Begehren des Antragstellers erkennen lässt; wird der Antrag auf einen der in § 6 Abs. 4 der Satzung bezeichneten Tatbestände gestützt, muss er auf eine der in § 7 der Satzung aufgeführten Vereinsstrafen gerichtet sein,
  - 3) eine genaue Schilderung des Sachverhalts, auf die der Antragsteller seinen Antrag stützt,

- 4) die Beweismittel (Zeugen, Sachverständige, Urkunden), mit denen der vorgetragene Sachverhalt bewiesen werden soll; Urkunden (Schriftstücke jeglicher Art) sind dem Antrag beizufügen,
  - 5) den Nachweis der Einzahlung des Kostenvorschusses; dies gilt nicht für einen Antrag des Vereins.
- (3) Die Antragschrift und die Anlagen sind in vierfacher Ausfertigung einzureichen.
- (4) Ist der Verein nicht Antragsteller, ist dem Vorstand eine Abschrift des Antrags und der Anlagen zu übersenden. Der Verein ist berechtigt, dem Verfahren bis zum Ende der mündlichen Verhandlung aufseiten eines Verfahrensbeteiligten beizutreten, sich schriftlich zu äußern und Anträge zu stellen. Die §§ 66 ff. der Zivilprozessordnung gelten entsprechend.
- (5) Das durch den Antrag eingeleitete Schiedsverfahren regelt sich nach den nachstehenden Bestimmungen dieser Ordnung; ergänzend gelten die Bestimmungen der Zivilprozessordnung. Der VG-Vorsitzende kann sowohl im Vorverfahren als auch im förmlichen Verfahren in eilbedürftigen Fällen auf Antrag entsprechend den Bestimmungen über den Arrest und die einstweilige Verfügung in der Zivilprozessordnung vorläufige Regelungen treffen (§ 935 und § 940 Zivilprozessordnung).

## **§ 6 Zurückweisung**

- (1) Der VG-Vorsitzende kann Anträge zurückweisen, wenn die Zuständigkeit des VG nicht gegeben ist, wenn sie nicht der Form des § 5 gestellt worden sind oder wenn sie die erforderliche Sachlichkeit vermissen lassen; insbesondere wenn sie beleidigende Äußerungen oder bloße Vermutungen enthalten, oder wenn die Vorschusszahlung nicht nachgewiesen ist. Die Zurückweisung teilt der VG-Vorsitzende dem Antragsteller schriftlich mit. Eine Anfechtung der zurückweisenden Entscheidung findet nicht statt.
- (2) Der Antrag kann erneut in gehöriger Form gestellt werden.

## **§ 7 Vorverfahren**

- (1) Ein Antrag auf Einleitung und Durchführung eines VG-Verfahrens wird dem Antragsgegner unter Setzung einer Frist von einem Monat zur Stellungnahme mittels eingeschriebenen Briefs mit Rückschein zugestellt. Die Gegenäußerung ist in vierfacher Ausfertigung einzureichen. Soweit die erforderlich erscheint, gibt der VG-Vorsitzende dem Antragsteller und dem Antragsgegner Gelegenheit zu weiteren schriftlichen Äußerungen.
- (2) Der Vorsitzende oder ein von ihm beauftragtes Mitglied des VG ist befugt, bereits im Vorverfahren Beweise zu erheben, insbesondere Zeugen schriftlich zu befragen und den Verfahrensbeteiligten aufzugeben, ihre Schriftsätze zu ergänzen oder zu erläutern, Urkunden vorzulegen und ihnen hierzu Fristen zu setzen.
- (3) In geeigneten Fällen soll der Vorsitzende bereits im Vorverfahren auf eine gütliche Einigung der Beteiligten hinwirken.
- (4) Das Vorverfahren endet durch einen schriftlichen Bescheid des VG-Vorsitzenden. Dieser lautet entweder auf Einstellung des Verfahrens oder auf Eröffnung des förmlichen Verfahrens. Das Verfahren ist einzustellen, wenn das Vorbringen des Antragstellers nicht schlüssig ist, d. h. wenn der vom Antragsteller vorgetragene Sachverhalt – seine Richtigkeit unterstellt – die begehrte Rechtsfolge nicht rechtfertigt. Das förmliche Verfahren ist zu eröffnen, wenn der Sachvortrag des Antragstellers – seine Richtigkeit unterstellt – das Antragsbegehren rechtfertigen würde.
- (5) Gegen den Einstellungsbescheid ist das Rechtsmittel des Einspruches innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung zulässig. Wird nicht rechtzeitig der Einspruch eingelegt, ist der Bescheid endgültig. Über den rechtzeitigen Einspruch entscheidet das VG in voller Besetzung endgültig.

## **§ 8 Förmliches Verfahren**

- (1) Ist die Eröffnung des förmlichen Verfahrens beschlossen, so muss eine mündliche Verhandlung angesetzt werden. Bei unstreitigem Sachverhalt oder wenn beide Beteiligten schriftlich ihr Einverständnis erklären, kann im schriftlichen Verfahren entschieden werden.
- (2) Der VG-Vorsitzende hat die mündliche Verhandlung so vorzubereiten, dass möglichst in einem Termin abschließend entschieden werden kann.
- (3) Ort und Zeit der Verhandlung werden vom Vorsitzenden im Benehmen mit den VG-Mitgliedern festgesetzt.

- (4) Der Vorsitzende entscheidet darüber, welche Zeugen zu hören und welche sonstigen Beweismittel heranzuziehen sind. Werden von den Parteien Zeugen benannt, soll der Vorsitzende sie nur dann nicht laden, wenn das, was sie bekunden können, als wahr unterstellt werden kann. Werden jedoch für ein Beweisthema mehrere Zeugen benannt, so entscheidet der Vorsitzende nach pflichtgemäßem Ermessen, ob er alle oder nur einen Zeugen laden will. Der Vorsitzende kann die Ladung von Zeugen und die Heranziehung von Sachverständigen von der Einzahlung von Vorschüssen abhängig machen, deren Höhe er festsetzt. Wer den Vorschuss nicht oder nicht rechtzeitig oder nicht in voller Höhe leistet, trägt die Gefahr der Zurückweisung des Antrages oder des Beweismittels.

## **§ 9 Ladung und Zustellung**

- (1) Der Vorsitzende lädt das VG, den Protokollführer, die Beteiligten, die Zeugen und Sachverständigen. Die Parteien sind mit eingeschriebenem Brief mit Rückschein zu laden. Zwischen der Ladung und dem Termin muss eine Frist von zwei Wochen liegen.
- (2) Die Parteien sind in der Ladung darauf hinzuweisen, dass auch in ihrer Abwesenheit verhandelt und entschieden werden kann.

## **§ 10 Vertretung**

- (1) Die Parteien können sich in jeder Lage des Verfahrens durch prozessfähige Personen, die Mitglied des SSV oder mit der betreffenden Partei im ersten Grad verwandt oder verschwägert ist, als Bevollmächtigten vertreten lassen.
- (2) Der Bevollmächtigte hat die Bevollmächtigung durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen und diese dem Vorsitzenden des VG zu übergeben.
- (3) Die Parteien können sich ferner durch einen bei einem deutschen Gericht zugelassenen Rechtsanwalt vertreten lassen.

## **§ 11 Akteneinsicht**

Jeder Verfahrensbeteiligte und jeder Verfahrensbevollmächtigte hat Anspruch auf Akteneinsicht.

## **§ 12 Mündliche Verhandlung**

- (1) Die mündliche Verhandlung ist vereinsöffentlich. Das VG kann in begründeten Fällen auch Gästen den Zutritt gestatten. Seine Entscheidung über die Zulassung oder deren Ablehnung ist endgültig. Sofern der Gegenstand des Verfahrens hierfür geeignet ist, hat das VG zu Beginn der mündlichen Verhandlung – wie in jeder Lage des Verfahrens – erneut eine gütliche Einigung der Parteien anzustreben. Scheitert diese, so ist der Sachverhalt durch Vernehmung der Parteien und durch Erhebung der erforderlichen Beweise aufzuklären. Vergleichen sich die Parteien, haben sie den Antrag zu stellen, den Vergleich als Schiedsspruch mit vereinbartem Wortlaut festzuhalten (§ 1053 Zivilprozessordnung).
- (2) Zeugen und eventuell anzuhörende Sachverständige sind einzeln und in Abwesenheit der anderen Zeugen zur Person und zur Sache zu vernehmen. Nach der Beweiserhebung ist den Parteien Gelegenheit zur abschließenden Äußerung zu geben; sie haben das letzte Wort.
- (3) Wenn sich der Antragsgegner zu dem Inhalt der Antragschrift nicht schriftlich geäußert hat und zu der mündlichen Verhandlung weder selbst erscheint noch sich ordnungsgemäß vertreten lässt, so kann das VG Behauptungen des Antragstellers als zugestanden betrachten und annehmen, dass der Antragsgegner weitere Erklärungen nicht abzugeben hat.

## **§ 13 Beratung, Abstimmung**

- (1) Bei der Beratung dürfen nur die Mitglieder des VG anwesend sein. Der Protokollführer darf nach Abschluss der Beratung zur Aufnahme des Diktats der Entscheidungsformel zugezogen werden.
- (2) Alle Mitglieder des VG sind verpflichtet, über den Hergang der Beratung und Abstimmung Stillschweigen zu bewahren.
- (3) Das VG entscheidet mit einfacher Mehrheit. Stimmenthaltungen sind unzulässig; dies gilt auch dann, wenn ein Mitglied bei einer eventuell vorausgegangenen Abstimmung überstimmt worden ist. Bilden sich bei der Frage, ob und welches Ordnungsmittel zu verhängen ist, drei Meinungen, so wird die für das einschneidendste Ordnungsmittel abgegebene Stimme der für das nächst geringere Ordnungsmittel abgegebenen Stimme hinzugerechnet.

**§ 14 Verkündung, Absetzungsfrist**

- (1) Der Schiedsspruch ist nach Abschluss der Beratungen den Beteiligten unter Mitteilung der wesentlichen Entscheidungsgründe zu verkünden.
- (2) Die Verkündung wird, sofern in Abwesenheit eines Beteiligten verhandelt worden ist, durch die Zustellung des Entscheidungssatzes mittels eingeschriebenen Briefs mit Rückschein ersetzt.
- (3) Innerhalb von sechs Wochen nach der Verkündung soll eine Ausfertigung des schriftlich begründeten Schiedsspruches den Parteien mit eingeschriebenem Brief mit Rückschein zu gestellt werden.

**§ 15 Entscheidungsinhalt, Unterschrift, Veröffentlichung**

- (1) Der Schiedsspruch soll enthalten:
  - 1) die Bezeichnung des VG und die Namen der Mitglieder, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben,
  - 2) die Bezeichnung der Beteiligten, ggf. ihrer Verfahrensbevollmächtigten,
  - 3) die Entscheidungsformel mit dem Anspruch über die Kosten,
  - 4) eine kurze Darstellung des Sachverhalts, wie er sich aufgrund der Beweisaufnahme ergeben hat,
  - 5) die Entscheidungsgründe,
  - 6) einen Hinweis auf das für die Vollstreckbarerklärung zuständige Gericht (§ 24).
- (2) Die Urschrift der Entscheidung ist von den Mitgliedern des VG, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben, zu unterzeichnen und zu den Akten zu nehmen. Ist ein Mitglied des VG an der Unterschrift gehindert, so wird dies unter Angabe des Verhinderungsgrundes von dem Vorsitzenden und bei dessen Verhinderung von dem ältesten VG-Mitglied auf der Entscheidung vermerkt.
- (3) Entscheidungen sind durch Veröffentlichung in der nächsterreichbaren Ausgabe des Vereins-Mitteilungsblattes bekannt zu machen. Den Umfang der Bekanntmachung bestimmt der Vorsitzende des VG.

**§ 16 Protokollierung**

- (1) Das Protokoll über die mündliche Verhandlung wird vom Protokollführer im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden gefertigt. Es muss enthalten:
  - 1) Ort, Datum und Uhrzeit des Beginns der Verhandlung,
  - 2) die Namen der Anwesenden und deren Rechtsstellung im Verfahren (Vorsitzender, Beisitzer, Antragsteller, Antragsgegner, Zeuge, Sachverständiger);
  - 3) das Ergebnis eines eventuellen Schlichtungsversuchs;
  - 4) die von den Parteien gestellten Anträge und die wesentlichen Erklärungen;
  - 5) den wesentlichen Inhalt des Ergebnisses eines Augenscheins;
  - 6) die Bezeichnung von Urkunden, die bei der Beweisaufnahme verlesen oder die sonst zum Gegenstand der Beweiserhebung gemacht worden sind;
  - 7) die Feststellung sonstiger wesentlicher Prozesshandlungen;
  - 8) die Entscheidungsformel mit Rechtsmittelbelehrung;
  - 9) einen eventuellen Rechtsmittelverzicht der Parteien;
  - 10) die Uhrzeit des Verhandlungsschlusses.
- (2) Das Protokoll ist vom Vorsitzenden und vom Protokollführer zu unterzeichnen.

**§ 17 Schriftliches Verfahren**

- (1) Wird im schriftlichen Verfahren entschieden, gelten die § 13, § 14 Abs. 2 und § 15 entsprechend. Anstelle des Entscheidungssatzes im Sinne des § 14 Abs. 2 wird die voll abgesetzte schriftliche Entscheidung den Beteiligten mittels eingeschriebenen Briefs mit Rückschein zugestellt.
- (2) Entscheidungen im schriftlichen Verfahren dürfen nur ergehen, nachdem jede Partei von dem entscheidungserheblichen Vorbringen der Gegenpartei in Kenntnis gesetzt worden ist und Gelegenheit zu Einsichtnahme in Beweiserhebungen gehabt hat.

**III. Verfahren nach Abschluss des VG-Verfahrens****§ 18 Wiedereinsetzung**

- (1) (1) Hat ein Verfahrensbeteiligter eine Frist versäumt, so ist ihm auf seinen Antrag Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu erteilen, falls er innerhalb eines Monats nach Wegfall des Hinderungsgrundes einen entsprechenden Antrag stellt und glaubhaft macht, dass ihm die Einhaltung der Frist durch Umstände, die er nicht zu vertreten hat, unmöglich war. Das Verschulden des Bevollmächtigten geht zulasten der Partei.
- (2) Die Entscheidung über den Antrag trifft der VG-Vorsitzende.

**§ 19 Wiederaufnahme**

- (1) Die Wiederaufnahme eines rechtskräftig abgeschlossenen Verfahrens ist nur zulässig, wenn neue Beweismittel und Tatsachen beigebracht werden,
  - a) welche der Antragsgegner in dem früheren Verfahren nicht gekannt hatte und ohne sein Verschulden nicht geltend machen konnte und wenn
  - b) diese Tatsachen und Beweismittel geeignet sind, allein oder in Verbindung mit den früher erhobenen Beweisen eine für den Antragsgegner günstigere Entscheidung zu begründen.
- (2) Über den gestellten Antrag entscheidet das VG endgültig.

**§ 20 Vollstreckung**

- (1) Aus einem Schiedsspruch kann vollstreckt werden, wenn er auf Antrag einer Partei durch das zuständige Gericht (§ 24) für vollstreckbar erklärt worden ist.
- (2) Ein Schiedsspruch mit vereinbartem Wortlaut kann mit Zustimmung der Parteien auch von einem Notar für vollstreckbar erklärt werden.

**§ 21 Gnade**

Dem Vorstand steht das Recht zu, im Gnadenwege einstimmig rechtskräftige Vereinsstrafen zu mildern oder zu erlassen. Eine Stellungnahme des Vereinsgerichts ist einzuholen. Vor seiner Entscheidung sollte der Vorstand, soweit vorhanden, zuständige Fachausschüsse anhören. Das Gnadenverfahren wird nur auf Antrag durchgeführt. Die Entscheidung des Vorstandes ist nicht anfechtbar.

**§ 22 Kosten, Auslagen**

- (1) Das Vereinsgericht entscheidet nach billigem Ermessen darüber, wer die Verfahrenskosten zu tragen hat.
- (2) Wer zur Tragung der Verfahrenskosten verurteilt ist, hat auch die notwendigen Auslagen des Gegners zu erstatten, die vom VG-Vorsitzenden auf Antrag festgesetzt werden. Die Kosten eines Anwaltes oder eines sonstigen Bevollmächtigten sind nicht erstattungsfähig.
- (3) Verfahrenskosten sind die Barauslagen der Parteien sowie der Zeugen und Sachverständigen, die ihnen im Zusammenhang mit dem Schiedsverfahren entstanden sind, also insbesondere Reisekosten, Verpflegungskosten, Übernachtungskosten.
- (4) Das Vereinsgericht kann von sich aus oder auf Antrag einer Partei die Durchführung des Verfahrens oder bestimmter, im Laufe des Verfahrens gestellter Anträge (z. B. Ladung von Zeugen und Sachverständigen) von der Hinterlegung eines angemessenen Kostenvorschusses abhängig machen.
- (5) Ist Antragsteller nicht der Verein, so hat er einen Kostenvorschuss in Höhe von 100 € zu leisten. Vorschüsse auf Kosten und Auslagen sind unter Angabe des Geschäftszeichens des Verfahrens auf ein vom Schatzmeister des Vereins zu führendes Sonderkonto einzuzahlen.

**§ 23 Aktenaufbewahrung, Aktenvernichtung**

- (1) (1) Die Akten rechtskräftig abgeschlossener Verfahren werden in der Geschäftsstelle aufbewahrt.
- (2) Die Akten dürfen nicht vor Ablauf von 10 Jahren vernichtet werden. Akteneinsicht ist neben den jeweiligen Verfahrensbeteiligten und deren Verfahrensbevollmächtigten nur Personen gestattet, die eine schriftliche Genehmigung des Vorstandes vorlegen; sie darf durch den Vorstand nur gewährt werden, wenn ein berechtigtes Interesse glaubhaft gemacht wird und Interessen des Vereins nicht entgegenstehen. Der jeweilige VG-Vorsitzende hat jederzeit ungehindert freien Zugang zu allen Verfahrensakten.

**§ 24 Zuständiges ordentliches Gericht**

Zuständiges Gericht im Sinne dieser Vereinsgerichtsordnung ist das Bayerische Oberste Landesgericht oder, wenn dieses nicht mehr bestehen sollte, das Oberlandesgericht München.

**§ 25 Abnahme von Eiden**

Die Vereidigung von Zeugen und Sachverständigen oder die Abnahme eines Parteieides erfolgt durch das Amtsgericht, in dessen Bezirk die richterliche Handlung vorzunehmen ist.

**§ 26 Aufhebung eines Schiedsspruchs**

Ein Antrag auf Aufhebung eines Schiedsspruchs gemäß § 1059 der Zivilprozessordnung kann nicht darauf gestützt werden, dass der Schiedsspruch nicht oder nicht genügend oder falsch begründet sei.

**IV. Schlussbestimmungen****§ 27 Satzungsbestandteil**

Diese Ordnung ist Bestandteil der Satzung des Vereins.

**§ 28 Schlussbestimmungen**

Die Nichtigkeit von Teilen dieser Ordnung soll nicht die Nichtigkeit der Ordnung in den übrigen Teilen nach sich ziehen.

**Beschlossen: 03. Juli 2004 aoMV 36304 Alsfeld**